

10.52

**Bundeskanzler Mag. Christian Kern:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses! Das Referendum in Großbritannien ist mit Sicherheit ein historisches Ereignis gewesen – mit einer Tragweite, die wir zum heutigen Tag, zur heutigen Stunde wahrscheinlich noch gar nicht in ihren vollständigen Auswirkungen beurteilen können. Es hat allerdings einige bemerkenswerte Entwicklungen nach sich gezogen, die man mit einer gewissen Nachdenklichkeit betrachten kann, insbesondere jene, dass die kurzfristigen Verwerfungen und Unsicherheiten, die entstanden sind, ein beträchtliches Ausmaß angenommen haben.

Vielleicht haben Sie heute früh schon ein bisschen die Nachrichten im Internet verfolgt, dann werden Sie gesehen haben, dass heute Nacht das Pfund auf den tiefsten Stand seit 1985 gesunken ist. Wir reden hier über eine Währungsabwertung in der Folge von fast 20 Prozent mit erheblichen Auswirkungen. Das ist nicht nur ein Thema, das für die Wirtschaftsgazetten von Bedeutung ist, sondern das hat dazu geführt, dass sich die Volkswirtschaft Großbritanniens innerhalb einer Woche von Platz 5 weltweit auf Platz 7 zurückversetzt sieht. Das hat zur Folge, dass die Guthaben der Sparer entwertet werden, das hat zur Folge, dass die Inflation letztendlich steigen und auch das wieder auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden wird, die es sich wahrscheinlich am wenigsten leisten können.

Sie haben wahrscheinlich auch verfolgt, wie die Reaktion der großen Unternehmen gewesen ist. Insbesondere die Banken haben bereits angekündigt, sich neue Standorte zu suchen. Sie haben Großunternehmen wie Fiat oder Siemens erlebt, die angekündigt haben, in Zukunft nicht mehr in Großbritannien investieren zu wollen. Ich weiß, dass das zum jetzigen Zeitpunkt natürlich erst einer weiteren Bewertung unterzogen werden muss, aber da entsteht eine Stimmung, ein Cocktail, der die britische Volkswirtschaft nachhaltig betreffen wird.

Es ist noch eine Beobachtung, die man mit Interesse verfolgen kann: dass wir eine Kampagne erlebt haben, die sich nicht immer an Sachargumenten orientiert hat, dass es eine Kampagne der populistischen Zuspitzung gewesen ist, sich aber bemerkenswerterweise jene, die einfache Lösungen versprochen haben, jene, die so glasklar und einfach die Sündenböcke benennen konnten, heute vom Acker gemacht haben. Das ist ein bisschen das Bild einer politischen Klasse, die den Wagen gegen die Wand gefahren und danach gemeint hat: Da habt ihr die Schlüssel zurück! Ausbaden werden das, was da passiert ist, nicht die Eliten, sondern ausbaden werden es jene Menschen, die hart arbeiten und die es sich am wenigsten erlauben können.

Wenn man aber analysiert, was da passiert ist, dann muss man sagen, das hat einige britische Spezifika, das ist unzweifelhaft auch in der Geschichte Großbritanniens angelegt, in seiner Haltung zur EU, aber zweifellos auch dem Umstand geschuldet, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten eine sehr kritische, fast schon ans Unfaire grenzende Auseinandersetzung mit europäischen Themen in Großbritannien erlebt haben. Und eine der Lehren, die man ziehen kann, ist, dass es nun einmal nicht reicht, wenn man das ein Jahrzehnt betrieben hat, vielleicht noch länger, in drei Monaten zu versuchen, für ein richtiges, wichtiges Zukunftsprojekt die Stimmung zu drehen.

Es ist aber auch – und ich denke, auch das muss man konstatieren – nicht nur Ausdruck dessen, dass es Skepsis und Kritik am europäischen Projekt gegeben hat, sondern wahrscheinlich auch so etwas wie ein allgemeiner Verdruss am politischen System schlechthin. Wir kennen dieses Phänomen, weil das nicht nur in Großbritannien eine Rolle spielt, sondern wir erleben das in vielen europäischen Hauptstädten in diesen Tagen. Und deshalb, denke ich, sind wir gut beraten, nicht mit dem nackten Finger auf Großbritannien zu zeigen und uns darüber zu wundern, wie man so weit kommen konnte, sondern die Frage zu stellen, ob wir in den europäischen Hauptstädten, die ja integraler und entscheidender aufbauender Teil der Europäischen Union sind, nicht auch vor unserer eigenen Tür kehren müssen.

Worauf ich anspiele, ist eine politische Diskussion, in der immer wieder sehr schnell, und manchmal auch ohne zu reflektieren, die Europäische Kommission zum allgemeinen Sündenbock gemacht wird. Was wir erlebt haben, ist, dass wir oft politische Schuldzuweisungen in Richtung Brüssel gesehen haben – in Fragestellungen und in Materien, wofür Brüssel eigentlich gar keine Kompetenz hat, es zu regeln, jedenfalls nicht die EU-Kommission, sondern die ganz klar in die Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten, die den Europäischen Rat konstituieren, fallen.

Ein Beispiel, das wir alle gut kennen – und gerade in diesen Tagen, denke ich, macht es Sinn, darauf hinzuweisen –: Migrationspolitik, eine der großen europäischen Fragen, die nur gemeinsam zu lösen sind. Es ist aber wahrscheinlich eine wirklich inakzeptable Haltung, die Fortschritte und das Versagen der Europäischen Union zu beklagen, wie das in manchen Mitgliedsländern passiert, und sich gleichzeitig jedem Versuch einer sinnvollen Verteilung von Migranten in Europa zu entziehen. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)* Ich denke, es ist tatsächlich politischer Zynismus, die EU-Kommission mit Vorwürfen einzudecken.

Man muss aber natürlich bei all diesen Entwicklungen sehen, dass nicht alles eitel Wonne ist; das ist überhaupt keine Frage, es hat Fehlentwicklungen gegeben. Wir spüren sie, jeder von uns kann sie mit Sicherheit benennen. Sie liegen zum einen darin, dass wir auf europäischer Ebene oftmals eine Diskussion über das Klein-Klein des politischen Alltags erleben. Ich zitiere den Herrn Vizekanzler, der bei dieser Gelegenheit immer auf die Traktorsitze verweist; jeder von uns kennt ähnliche Beispiele.

Das Hauptproblem scheint mir aber jenes zu sein, dass die Europäische Union vor 60 Jahren mit einem Versprechen konstituiert worden ist, und dieses Versprechen hat bedeutet: Nie wieder Krieg! Aus diesem Nie-wieder-Krieg, aus diesem Wohlstandsversprechen, aus diesem Sicherheitsversprechen, das damit einhergeht, ist heute eine Diskussion geworden, in der eigentlich zunehmend verloren gegangen ist, wofür die europäische Idee steht und wofür wir alle miteinander aufstehen möchten. Es ist der Eindruck entstanden, dass eine bestimmte Ideologie das europäische Projekt gekapert hat, die nun einmal nicht das Interesse der Menschen und der europäischen Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund gestellt hat, sondern – ich spitze hier etwas zu – so etwas wie die Interessen der Konzerne zum kategorischen Imperativ gemacht hat.

Kurzfristig haben wir zwei Fragen zu stellen, die uns alle zu interessieren haben. Die eine Frage ist: Wie geht es ganz konkret im Umgang mit Großbritannien weiter? Wir haben vorige Woche einen Europäischen Rat gehabt, an dem David Cameron teilgenommen hat, und er hat dort erklärt, wie er sich die weitere Ordnung der Perspektiven mit Europa vorstellt. Ich denke, auf der positiven Seite war festzuhalten, dass Cameron glasklar gesagt hat, Großbritannien wird weiter seine europäischen Verpflichtungen wahrnehmen, wird an den Entscheidungsprozessen weiter mitwirken, wird aber vor allem auch seine Zahlungen weiterhin pünktlich überweisen und naturgemäß am Binnenmarkt teilnehmen. (*Präsident **Kopf** übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist allerdings bei diesem Gespräch auch klar geworden, dass es nicht den geringsten Plan auf britischer Seite gibt, wie man mit dieser Situation umgehen mag, denn die Befürworter haben sich darauf nicht vorbereitet, und die Gegner, wie wir gesehen haben, haben auch kein ernsthaftes Interesse gehabt, konstruktive Lösungen zu suchen.

Das ist ein Problem Großbritanniens, aber es wird auch zum Problem für uns, weil wir nicht erwarten dürfen, dass es da schnell Lösungen gibt und dass der Verhandlungsprozess rasch aufgenommen werden kann. Wir alle wissen ja, dass

aufgrund der politischen Destabilisierung in Großbritannien der Prozess, bis es einen Premierminister gibt und bis die Anmeldung des Austritts erfolgt, wohl noch einige Zeit dauern wird.

Das, was wir Regierungschefs im Europäischen Rat festgelegt haben, war ein klares Prinzip, das geheißen hat, es wird erst dann Austrittsverhandlungen geben, wenn die Briten schriftlich kundgemacht haben, dass sie austreten. Diese Austrittsverhandlungen müssen natürlich im guten Einverständnis geführt werden: Wir haben Interesse, Großbritannien als Partner für Sicherheits- und Wirtschaftsfragen zu behalten, aber es muss auch klar sein, dass es Privilegien und den Zugang zum Binnenmarkt nur um einen bestimmten Preis gibt. Das wird ein materieller Preis sein, aber es wird logischerweise auch so sein, dass die vier Grundfreiheiten unzweifelhaft auch von britischer Seite akzeptiert werden müssen.

Die zweite Frage jenseits des Formalen ist allerdings jene, was das inhaltlich bedeutet und wie wir dieses europäische Projekt bewerten und weiterentwickeln können. Ich habe mit Interesse gesehen, dass heute Morgen das Ergebnis einer Umfrage unter jungen Österreichern veröffentlicht worden ist, das ein sehr ermutigendes Resultat gezeigt hat: 80 Prozent unserer jungen Leute haben dabei angegeben, sich als europäische Bürgerinnen und Bürger zu fühlen. Das ist ein gutes Zeichen, weil verstanden worden ist, dass ein wesentlicher Teil unseres Wohlstands daran hängt.

Wir wissen, fast eine Million Jobs in Österreich hängen vom Export ab, der Löwenanteil davon geht ja bekanntermaßen in die EU. Wir wissen, dass viele unserer Freiheiten – beim Reisen zum Beispiel, beim Arbeiten – ganz wesentlich an unserer Einbettung innerhalb der EU hängen, und wir wissen, dass wir hier einer Gemeinschaft angehören, die auf einen Wertekanon aufbaut und auf ein Wertesystem aufbaut, das wir alle so schätzen und das Europa stark gemacht hat, auf Humanität und auf ein Lebensgefühl, das das Gemeinsame in den Vordergrund stellt, wo eben nicht jeder Einzelne zu schauen hat, wo er selbst bleibt.

Es gibt allerdings zwei Fragen, denen wir uns mit größter Intensität widmen müssen, die aber auch sehr gut zeigen, dass es nur im europäischen Kontext Lösungen geben kann. Ich denke, es ist unsere gemeinsame Verantwortung, das immer wieder klarzumachen. Wir haben intensiv und oftmals die Integrationsfrage diskutiert, und wir wissen, bei allen Maßnahmen, die Österreich hier in diesem Bereich setzt, ist eines klar: Wenn wir erst an den österreichischen Grenzen nachzudenken beginnen, wie wir mit der Migrationsfrage umgehen, dann wird das zwangsläufig scheitern und nicht leicht funktionieren. Wir haben auch hier ganz klar eine Lösung zu suchen, die weit

über unsere österreichischen Grenzen hinausgeht, die wir nur im europäischen Kontext durchsetzen können. Wenn Sie etwa an das Abkommen mit der Türkei denken, ist das ein gutes Beispiel dafür, dass ein Land wie Österreich allein wahrscheinlich keine zufriedenstellenden Lösungen zuwege brächte.

Terrorbekämpfung – auch das wissen wir –: Da brauchen wir eine grenzüberschreitende Kooperation, sonst werden wir die Sicherheitsbedürfnisse unserer Bürger und Bürgerinnen nicht erfüllen können.

Finanzkrise – wir haben auch das erlebt –: Ohne die entschlossenen Interventionen der Europäischen Zentralbank und ohne ein professionelles Management der Griechenlandkrise würden die wirtschaftlichen Turbulenzen der Finanzkrise noch einmal ganz anders aussehen.

Die Fragen des Klimawandels oder der Wettbewerbspolitik: Sie können eine Frage nach der anderen nehmen und Sie werden immer sehen, dass wir nur gemeinsam in der Lage sind, diese großen Generationsherausforderungen zu lösen. – Das gilt es klarzumachen, und das muss unsere Perspektive sein.

Es ist allerdings so, dass wir uns hier auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie wir das europäische Projekt generell und institutionell weiterentwickeln wollen. Es ist natürlich ein logischer Reflex, sich nach einem derartigen historischen Einschnitt wie in Großbritannien mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die Union aussehen muss, wie wir entscheidungsfähiger sein können, was die Themen sind, mit denen wir uns beschäftigen, und was die Themen sind, mit denen wir uns jedenfalls nicht beschäftigen wollen.

Ich denke aber, man muss im Moment auch realistische Erwartungshaltungen haben. Wir werden den nächsten Rat am 16. September in Bratislava haben, welcher der Beginn einer Diskussion über einen solchen Reformprozesses sein wird. Der Prozess wird aber unzweifelhaft lange dauern, viel Geduld erfordern und wird sich damit zu beschäftigen haben, wie mitunter diametral unterschiedliche Auffassungen in wesentlichen Politikfeldern unter einen Hut zu bringen sind. Deshalb plädiere ich sehr stark dafür, in diesen europäischen Diskussionen darauf zu setzen, zunächst einmal die richtigen Prioritäten zu setzen, und das ist eine aktuelle politische Frage, die sich entlang der Themenstellungen Migration, Sicherheit, aber letztendlich auch Arbeitsmarkt/Beschäftigung, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, zu orientieren hat. Wir werden uns zweitens, und da wird auch Österreich eine Rolle spielen müssen, mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir dazu kommen, dass jeder seine Rolle in Europa solidarisch ernst nimmt.

Bratislava wird der Beginn eines Prozesses sein. Es wird, wie ich vermute, dort keine großen Revolutionen geben – das wäre wahrscheinlich nicht zu erwarten –, ich halte das so aber auch für gut, denn wenn wir in diesen Tagen über Europa reden, dann ist das ein Projekt, das eine unglaubliche Erfolgsgeschichte hat, das unserem Land viel gebracht hat, das dem Kontinent viel gebracht hat und das wahrlich keine politische Havarie ist. Wir verdanken Sicherheit und Stabilität, wir verdanken einen guten Teil unseres Wohlstands dieser europäischen Vereinigung.

Wir haben heute die Situation, dass Europa wohl so etwas wie der meistbewunderte Kontinent auf dem ganzen Planeten ist: Unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere wirtschaftliche Stärke haben nach wie vor und ungebrochen enorme Anziehungskraft. Unsere gemeinsame Verantwortung wird es sein, dass das auch so bleibt. – Danke.  
*(Beifall bei SPÖ und ÖVP sowie bei Abgeordneten der NEOS.)*

11.05

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nun gelangt Herr Vizekanzler Dr. Mitterlehner zu Wort. – Bitte, Herr Vizekanzler.